



Dr. Johannes Fechner
Mitglied des Deutschen Bundestages

Berliner Bote 01/2015

**Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,
liebe Genossinnen und Genossen,**

ich freue mich hier die neueste Ausgabe des Berliner Boten präsentieren zu können und darin meine politische Arbeit der letzten Wochen für Sie/für Euch zu dokumentieren:

Nach den Anschlägen von Paris

Die Woche im politischen Berlin stand unter dem Eindruck der grauenhaften Anschläge, die am Mittwoch der vergangenen Woche in Paris von drei fanatisierten Dschihadisten begangen worden sind. Die niederträchtigen Morde sind ein Angriff auf unsere demokratische und freiheitliche Gesellschaft. Auf diese Bedrohung gibt es nur eine richtige Antwort: Wir werden unsere Werte entschlossen verteidigen.

Die Terroranschläge in Paris haben in Deutschland eine Diskussion über neue Sicherheitsgesetze entfacht. Jeder neue Vorschlag muss sich daran messen lassen, ob er tatsächlich zu einem Mehr an Sicherheit führt oder unsere Bürger- und Freiheitsrechte unangemessen einschränkt.

Folgende drei Gesetzgebungsprojekte werden wir in den kommenden Wochen zügig umsetzen, um die Terrorismusbekämpfung in Deutschland zu verbessern:

Bereits in dieser Woche wurde der Entwurf eines Gesetzes im Kabinett beschlossen, der den Entzug des Personalausweises für ausreisewillige Dschihadisten ermöglicht. Bisher konnte nur der Reisepass entzogen werden, so dass eine Ausreise mit dem Personalausweis vor allem über die Türkei nach Syrien noch möglich war. Diese Lücke wird jetzt geschlossen.

Bereits jetzt macht sich strafbar, wer sich zur Vorbereitung eines Anschlags in einem Terrorcamp aufhält. Wir möchten früher ansetzen. Bestraft werden soll zukünftig bereits, wer in der Absicht, terroristisch tätig zu werden, aus Deutschland ausreist. Entsprechende Vorhaben werden von Islamisten im Vorfeld ihrer Ausreise häufig in sozialen Netzwerken, Mails oder in Gesprächen offenbart.

Des Weiteren schaffen wir einen eigenen Straftatbestand „Terrorismusfinanzierung“, um zu gewährleisten, dass auch die noch so geringe finanzielle Unterstützung islamistischer Terroristen unter Strafe steht.

Die schrecklichen Anschläge von Paris sind für uns kein Argument zur Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung, konnte der Anschlag doch trotz der in Frankreich möglichen anlasslosen Speicherung von Telekommunikationsdaten nicht verhindert werden. Wir sollten mit Gelassenheit abwarten, ob die Europäische Kommission einen Vorschlag vorlegt und diesen kritisch anhand der vom EuGH aufgestellten Kriterien prüfen. Einen nationalen Alleingang wird es mit uns nicht geben.

Teilnahme an Mahnwache am Brandenburger Tor

Am 13. Januar nahm ich an der großen und beeindruckenden Mahnwache am Brandenburger Tor teil, die unter dem Motto „Zusammen stehen – Gesicht zeigen“ abgehalten wurde. Es waren etwa 10.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer dabei.

Bundespräsident Joachim Gauck fasste die Motivation für die Mahnwache mit den Worten „Euer Hass ist unser Ansporn“ zusammen und sagte mit Bezug auf die Religionsgemeinschaften "Wir alle sind Deutschland".



Besuch beim Projekt „Kein Täter werden“ in der Charite-Berlin

Das Projekt „Kein Täter werden“ ist eine Einrichtung in der Berliner Großklinik Charite, an die sich Männer wenden können, die eine pädophile Neigung bei sich festgestellt haben. In dem Projekt können sie sich zur Abwendung von Gefahren für Kinder psychologisch und psychiatrisch geschulten Experten anvertrauen und sich betreuen lassen. Noch vor der Strafverfolgung muss es gesellschaftliches Interesse sein, dass sexuell motivierte Straftaten gegen Kinder verhindert werden. Das Projekt hat eine bundesweite Leuchtturmfunktion und ich habe mich erfolgreich dafür eingesetzt, dass es in diesem Jahr mit zusätzlichen Mitteln aus dem Bundeshaushalt ausgestattet wird.

AKW Fessenheim endgültig vom Netz nehmen

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks bat die französische Regierung in dieser Woche in einem Brief darum, die Sorgen der Bevölkerung in Deutschland zu berücksichtigen und "die Stilllegung des Kraftwerks zum frühestmöglichen Zeitpunkt vorzusehen". Ich habe Barbara Hendricks in diesem Ansinnen bestärkt, und sie darum gebeten, dies auch bei den nächsten Deutsch-Französischen Regierungskonsultationen vorzubringen. Ich hoffe, möglichst bald einen Fahrplan für die Abschaltung von der französischen Regierung zu erhalten.

Diskussionsveranstaltung zum Thema Sterbehilfe am 19. Januar in Lahr und 30. Januar in Emmendingen

Ich lade Interessierte herzlich am kommenden Montag zu einer Podiumsdiskussion ein. Es geht um die Frage, ob und gegebenenfalls wie Sterbehilfe in Deutschland gesetzlich geregelt werden soll. Hintergrund ist, dass der Bundestag über mehrere Anträge in diesem Jahr beraten und entscheiden wird. Zunächst werde ich dort die rechtlichen Grundlagen erläutern. Anschließend werden Pfarrerin Barbara Kündiger und Professor med. Dr. Leonhard Mohr, Chefarzt des Ortenau-Klinikums, zu den ethischen und medizinischen Fragestellungen im Zusammenhang mit der Sterbehilfe Stellung nehmen. Die Veranstaltung ist **am Montag den 19. Januar 2015, 19:00 Uhr im Gemeindehaus an der Martinskirche (Martin-Luther-Straße 5), Lahr.**

Am 30. Januar 2015 diskutiere ich im evangelischen Gemeindehaus (Hebelstraße 2a) in Emmendingen zum gleichen Thema mit Rüdiger Schulze, Dekan im Kirchenbezirk Emmendingen und Prof. Dr. med. Claus Wallesch, dem ärztlichen Direktor der BDH-Klinik.

Herzliche Grüße

Ihr/Euer

Dr. Johannes Fechner, MdB